

Antrag

A3NEU7.2 BDKJ gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
17 Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
23 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige
24 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen
25 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

26 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
27 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
28 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung
29 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**
30 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen**.

31 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
32 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
33 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese

34 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
35 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
36 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
37 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

38 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
39 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

40 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

41 • **Position beziehen**

42 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
43 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
44 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
45 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige
46 Abgrenzung von rechten Akteur*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**
47 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die
48 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

49 • **Bildungsarbeit**

50 **Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes**
51 **Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein**
52 **zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere**
53 **Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen**
54 **Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu**
55 **hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger**
56 **Teil einer demokratischen Gesellschaft.**

57 • **Vernetzung**

58 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und Mitgliedverbänden weiter
59 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei
60 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der
61 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit
62 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine
63 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
64 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
65 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

66 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

67 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
68 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
69 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
70 Jugendverbänder*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
71 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
72 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
73 unvereinbar.

74 **Forderungen an die Politik**

75 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
76 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

- 77
- 78 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**
79 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
80 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
81 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
82 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
83 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
84 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
85 und Stiftungen zu begrenzen und einzustellen. Deshalb begrüßen wir das
86 entsprechende Gesetz, das die Förderung von politischen Stiftungen an die
Verfassungstreue knüpft.
 - 87 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**
88 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
89 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
90 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
91 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
92 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
93 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
94 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
95 und Vorfälle.
 - 96 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**
97 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
98 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
99 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
100 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
101 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
102 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
103 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
104 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.
 - 105 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**
106 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur
107 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
108 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
109 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
110 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
111 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
112 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
113 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.
 - 114 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**
115 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in
116 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
117 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
118 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
119 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen
120 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.
 - 121 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

122 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
123 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
124 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
125 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische
126 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende
127 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
128 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
129 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
130 schützen.

131 **Forderungen an die katholische Kirche**

132 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

133 • **Reform und Aufarbeitung**

134 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
135 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
136 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
137 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
138 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
139 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
140 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

141 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

142 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
143 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
144 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
145 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
146 beziehen.

147 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**

148 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
149 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
150 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
151 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
152 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
153 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
154 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
155 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
156 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.
157

158 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

159 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
160 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
161 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
162 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
163 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
164 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
165
166

167 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
168 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

168 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei
169 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir
170 sind antifaschistisch.

171 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
172 Hauptversammlungen 2016 und 2020

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.